

VERZEICHNIS (RRB) DER SAMMELNACHTRAGS- UND SAMMELZUSATZKREDITE 2009

1. Nachtragskredite Erfolgsrechnung ausserhalb Globalbudgets

CHF

60	<u>BAU- UND JUSTIZDEPARTEMENT</u>	<u>1'830'171</u>
6111	<u>Staatsanwaltschaft</u>	
318105	Entschädigungen bei Verfahrenseinstellungen (Kredit im VA 2009: Fr. 110'000) Die Überschreitung des Voranschlagskredites ist insbesondere auf die Entschädigung für die Einstellung eines einzelnen sehr aufwendigen Verfahrens zurückzuführen.	461'654
330002	Abschreibungen und Erlasse Strafverfügungen (Kredit im VA 2009: Fr. 1'500'000) Verurteilte leben oft in bescheidenen finanziellen Verhältnissen und sind nicht in der Lage, ihre Bussen und die damit verbundenen Gebühren zu bezahlen. Verurteilte Ausländer verlassen oft die Schweiz und die Busse kann nicht eingekassiert werden. Diese Ausländer werden polizeilich ausgewiesen. Wenn sie wieder in die Schweiz einreisen, beginnt das Inkasso erneut. Trotz konsequentem Inkasso müssen höhere als ursprünglich vorgesehene Abschreibungen vorgenommen werden. Die Abschreibungspraxis entspricht den Richtlinien der Finanzkontrolle. Die Höhe der Abschreibung der Gebühren für Strafverfügung ist im Vergleich zu den Abschreibung von Bussen ungleich höher, weil mit der Bezahlung der Bussen einer Umwandlung der Strafe in Haft entgangen werden kann.	546'778
330016	Abschreibungen Bussen/Geldstrafen (Kein Kredit im VA 2009) Ein erheblicher Teil der Bussenerträge muss abgeschrieben werden. Verurteilte leben oft in bescheidenen finanziellen Verhältnissen und sind nicht in der Lage, ihre Bussen zu bezahlen. Ihre Bussen werden in Haftstrafen umgewandelt. Verurteilte Ausländer verlassen oft die Schweiz und die Busse kann nicht eingekassiert werden. Diese Ausländer werden polizeilich ausgewiesen. Wenn sie wieder in die Schweiz einreisen, beginnt das Inkasso erneut. Trotz konsequentem Inkasso müssen höhere als ursprünglich vorgesehene Abschreibungen vorgenommen werden. Die Abschreibungspraxis entspricht den Richtlinien der Finanzkontrolle. Die Kostenart 330016 Abschreibungen Bussen war im Jahr 2009 in der Kostenart 330002 Abschreibungen Strafverfügungen (Gebühren) integriert. Ab dem Jahr 2011 ist im IAFP 2011 – 2014 ein Betrag für diese Kostenart eingestellt.	821'739

62 DEPARTEMENT FÜR BILDUNG UND KULTUR 3'295'741

6230 Schulgelder

351015 Schul- und Studiengelder 3'096'331

(Kredit im VA 2009: Fr. 69'566'800)

Im Rechnungsjahr wurde der Kredit Schul- und Studiengelder um Fr. 3'096'331 überschritten. Der Mehraufwand ist hauptsächlich auf den Bereich Höhere Berufsbildung zurückzuführen (+2.8 Mio. Fr.). Aufgrund des Bundesgesetzes über die Berufsbildung (BBG) und des revidierten kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung (GBB), BGS 416.111, müssen an Weiterbildungen der höheren Berufsbildung Beiträge (inner- und ausserkantonal) geleistet werden. Da der Kanton in Vergangenheit keine Beiträge an eidgenössisch anerkannte Berufsprüfungen und höhere Fachprüfungen leistete, war bei der Budgetierung nicht abschätzbar, wie sich dieser Bereich entwickeln wird. Weiter wurde der Zugang zu höheren Fachschulen in der Vergangenheit sehr restriktiv bewilligt. Mit der angestrebten Abkehr vom „à-la-carte“-Prinzip zu mehr Freizügigkeit, steigen die Schülerzahlen und die Kosten entsprechend. So absolvierten 405 Personen mehr als budgetiert (oder 381 mehr als im 2008) eine höhere Berufsbildung. Von diesen 381 Personen besuchten 326 eine Solothurner Bildungsstätte (89 eine private und 237 eine kantonale). Hinzu kommt, dass zahlreiche Institutionen der höheren Berufsbildung auf die Umstellung nicht vorbereitet waren und ihre Rechnung für das Herbstsemester 2008 erst im 2009 fakturiert haben. Demzufolge wurden im 2009 1.5 Jahre abgerechnet. Allein auf diese Nachfakturierung sind 0.5 Mio. Franken zurückzuführen. Die höheren Beiträge an die Berufsbildung führten andererseits zu höheren Bundesbeiträgen als budgetiert +0.9 Mio. Franken, was die Nettobudgetüberschreitung des Profitcenters 6230 entsprechend reduziert.

6260 Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen

318037 Lehrabschlussprüfungen 199'410

(Kredit im VA 2009: Fr. 1'750'000)

Gemäss Finanzaufsichtsrevision 2007 wurde bestimmt, dass die Kostenarten gemäss HRM neu zu definieren sind. Zum Zeitpunkt der Budgetierung lagen noch keine detaillierten Erfahrungswerte pro Kostenart vor. Die Budgetüberschreitung ist hauptsächlich auf die Reformen in der Berufsbildung und eine höhere Anzahl von Lernenden zurückzuführen. Die Budgetüberschreitung wird durch die Kostenart 461000 Beiträge von Kantonen kompensiert, welche um Fr. 224'000 höher ausfielen als budgetiert.

<u>64</u>	<u>FINANZDEPARTEMENT</u>	<u>8'692'551</u>
<u>6419</u>	<u>Amt für Finanzen</u>	
330001	Ord. Abschreibungen Verwaltungsvermögen (Kredit im VA 2009: Fr. 26'870'000) Es wurden wie in den Vorjahren 10% Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen vorgenommen. Die Abweichung von 2% ist auf eine Budgetungenauigkeit zurückzuführen	575'417
<u>6421</u>	<u>Sozialversicherungsbeiträge</u>	
301129	Beiträge an Kinderbetreuung (Kredit im VA 2009: Fr. 250'000) Die effektiv ausbezahlten und vom Personalamt nicht beeinflussbaren Beiträge übersteigen den für 2009 gesprochenen Kredit um Fr. 119'405.50. Aufgrund dieses Mehrbedarfes wurden die Modalitäten für Beitragszahlungen entsprechend in einer Weisung neu geregelt, sodass die zukünftigen jährlichen Gesamtkosten den Betrag von Fr. 250'000.- nicht übersteigen sollten. Für 2009 ist jedoch nochmals ein Nachtragskredit notwendig.	119'406
305004	GAV Krankentaggeldversicherung AG (Arbeitgeberseitige Beiträge) (Im VA 2009 kein Kredit) Mit dem Inkrafttreten des GAV (auf 1.1.2005) wurde die Krankentaggeldversicherung eingeführt. Die Arbeitgeberseitigen Kostenbeiträge an die Krankentaggeldversicherung wurden irrtümlicherweise nicht in den Voranschlag aufgenommen. Für 2009 ist folglich ein Nachtragskredit notwendig.	184'243
307001	AHV-Ersatzrenten (Kredit im VA 2009: Fr. 2'500'000) Seit dem Inkrafttreten des GAV (auf 1.1.2005) haben wiederum mehr Mitarbeitende vom vorzeitigen Altersrücktritt Gebrauch gemacht, als in der Budgetphase geplant wurde. Die sozial abgestufte Beteiligung des Arbeitgebers an der Finanzierung gemäss 204 ff. und 245 GAV ermunterte die Mitarbeitenden, das neue Angebot anzunehmen – eine einigermaßen vernünftige Planung ist erfahrungsgemäss nicht möglich.	1'607'469
<u>6426</u>	<u>GAV Krankentaggeldversicherung</u>	
319018	GAV Krankentaggelder (Kredit im VA 2009: Fr. 1'100'000) Mit dem Inkrafttreten des GAV (auf 1.1.2005) wurde die Krankentaggeldversicherung auch im Rahmen des GAV neu geregelt und mittels administrativer Abwicklung durch die Pensionskasse verankert. Das Ausmass der tatsächlich eintretenden Versicherungsfälle und die Dauer der Beanspruchung von Versicherungsleistungen schwankt von Jahr zu Jahr beträchtlich und kann nur annäherungsweise vorausbestimmt werden. Im Vergleich zum Vorjahr mussten 2009 rund 27% mehr Fälle bearbeitet werden. Für 2009 ist folglich ein Nachtragskredit notwendig.	326'691
<u>6432</u>	<u>Kantonale Steuern</u>	
329000	Rückerstattungszinsen (Kredit im VA 2009: Fr. 2'900'000) Per Steuerperiode 2008, welche grösstenteils im Kalenderjahr 2009 veranlagt wurden, gelangten tiefere Versicherungsprämienabzüge zur Anwendung. Diese höheren Abzüge konnten im Gegensatz zu den Tarifierpassungen in den Vorbezugsrechnungen nicht berücksichtigt werden. Aus diesem Grunde waren bei einer Vielzahl von Steuerpflichtigen die bezahlten Vorbezüge höher als die definitiven Steuerrechnungen. Dies hatte Auswirkung auf höhere Rückerstattung.	253'963

329001	Vergütungszinsen (Kredit im VA 2009: Fr. 1'000'000) Die Tatsache, dass der Vergütungszins von 1,50 % im Jahr 2009 deutlich über den Zinssätzen der Finanzinstitute war, veranlasste viele Steuerpflichtige, ihre Vorbezüge noch früher als in anderen Jahren zu bezahlen oder Zahlungen, welche die Höhe des Vorbezuges übersteigen, zu tätigen. Im Gegensatz zu den Zinserträgen der Finanzinstitute, ist der Vergütungszins des Steueramtes steuerfrei. Im Wissen, dass das Steueramt teilweise als „Bank“ missbraucht wird, steht den Steuerpflichtigen auf Vorauszahlungen der Vergütungszins zu (Steuerverordnung Nr. 10, § 7b).	360'193
330006	Uneinbringliche Staatssteuern nat. Personen (Kredit im VA 2009: Fr. 9'000'000) Aufgrund der gegenwärtigen Wirtschaftslage haben die Zahlungsschwierigkeiten bei einer Vielzahl von Steuerpflichtigen überdurchschnittlich zugenommen. Dieser Umstand führte zu entsprechend höheren Abschreibungen als bei der Budgetierung ausgegangen werden konnte.	2'760'730
330008	Erlassene und uneinbringliche Sondersteuern (Kredit im VA 2009: Fr. 250'000) Aufgrund der gegenwärtigen Wirtschaftslage haben die Zahlungsschwierigkeiten bei einer Vielzahl von Steuerpflichtigen überdurchschnittlich zugenommen. Dieser Umstand führte zu entsprechend höheren Abschreibungen als bei der Budgetierung ausgegangen werden konnte.	504'439
330011	Rückstellung Steuerausstände (Im VA 2009 kein Kredit) Der Rückstellungsbedarf für individuell gefährdete Ausstände hat sich erhöht. Der gesamte Rückstellungsbedarf für gefährdete Steuerguthaben wurde mit der Finanzkontrolle abgesprochen.	2'000'000

66	<u>DEPARTEMENT DES INNERN</u>	9'391'494
6653	<u>Sozialversicherungen</u>	
360000	Beiträge an Bund (Kredit im VA 2009: Fr. 1'079'000) Die Ansätze der Kinderzulagen nach Art. 7 FLG sind angepasst worden und in Kraft seit 1.1.2008.	605'605
6654	<u>Soziale Dienste</u>	
330000	Abschreibung uneinbringlicher Guthaben / soziale Dienste (Im VA 2009 kein Kredit) Dem vermeintlichen Mehraufwand steht auf dem Konto 366000/A23060 ein Minderaufwand in gleicher Höhe gegenüber. Für das Leistungsfeld Opferhilfe sind insgesamt 1.6 Mio. Franken budgetiert worden. Der Opferhilfekredit wird um gut 1.1 Mio. Franken unterschritten. Ausnahmsweise wurden im Berichtsjahr durchgängig Fälle mit geringeren Beträgen an Genugtuungen und Entschädigungen gemeldet. Dazu sind die Abgrenzungen für mutmassliche Verpflichtungen aus den Vorjahren verringert worden.	170'445
361000	Beiträge an Kantone / Opferhilfe (Im VA 2009 kein Kredit) Gemäss Art. 18 des revidierten Opferhilfegesetzes (OHG), das im Januar 2009 in Kraft getreten ist, können sich die Kantone für die Leistungen Beratung, Soforthilfe und längerfristige Hilfe, welche sie zugunsten von Personen mit Wohnsitz in einem anderen Kanton erbringen, vom Wohnsitzkanton abgelten lassen. Grund dieser Bestimmung: Die städtischen Kantone mit spezialisierten Beratungsstellen haben viel Aufwendungen für ausserkantonale Opfer. Sofern diese Abgeltung nicht im Rahmen einer interkantonalen Regelung erfolgt, leistet der Wohnsitzkanton Pauschalbeiträge. Der vom Bund vorgesehene Pauschalbeitrag beträgt für Beratungen ab 30 Minuten 825 Franken. Die Kantone haben noch nicht festgelegt, wie sie das Abrechnungsverfahren gestalten möchten. Bis das Verfahren geklärt ist und eine Empfehlung der Schweizerischen Verbindungsstellen-Konferenz Opferhilfegesetz und der SODK erfolgt, werden die mutmasslich geschuldeten Kosten in den Verwaltungsrechnungen abgegrenzt.	200'000
365000	Beiträge an private Institutionen (Kredit im VA 2009: Fr. 550'000) Dem vermeintlichen Mehraufwand steht ein Ertrag in gleicher Höhe gegenüber. Die eidgenössische Alkoholverwaltung hat im Jahr 2009 von den 10 Prozent des Reinertrages aus der Besteuerung der gebrannten Wasser 915'820 Franken erhalten. Diese Mittel sind zur Verminderung von Suchtproblemen zu verwenden.	1'488'820
6655	<u>Soziale Institutionen</u>	
365000	Beiträge an private Institutionen (Kredit im VA 2009: Fr. 30'500'000) Behinderung: Für die Beiträge an ausserkantonale Institutionen und Werkstätten war das Budget zu optimistisch abgesteckt.	3'151'905
6656	<u>Sozialhilfe und Asyl</u>	
365000	Beiträge an private Institutionen (Im VA 2009 kein Kredit) Kreditüberschreitung netto Fr. 0, an anderer Stelle budgetiert und durch Ertrag in derselben Höhe vollständig gedeckt. Die Soziallohnprojekte sind ein Aufgabenfeld der Einwohnergemeinden und belasten die Rechnung des Kantons nicht.	3'774'719
	Total Nachtragskredite Erfolgsrechnung ausserhalb Globalbudgets	23'209'956

2. Nachtragskredite Investitionsrechnung ausserhalb Globalbudgets

CHF

<u>68</u>	<u>VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT</u>	<u>217'200</u>
<u>6853</u>	<u>Finanzausgleich Einwohnergemeinden (SF)</u>	
<u>562000</u>	Beiträge an private Investitionen (Kredit im VA 2009: Fr. 200'000) Höhere Abrechnungsbeiträge im ausserordentlichen Finanzausgleich infolge von früher eingereichten Abrechnungen für Schulbauten. Mehrbedarf kann aus Fondsmittel entnommen werden.	217'200
	Total Nachtragskredite Investitionsrechnung ausserhalb Globalbudgets	217'200

3. Nachtragskredite Globalbudgets

CHF

<u>58</u>	<u>STAATSKANZLEI</u>	<u>425'016</u>
<u>5820</u>	<u>GB Drucksachen und Lehrmittel</u> (KDLV Drucksachenverwaltung / Lehrmittelverlag) (Kredit im VA 2009: Fr. 2'577'435) Der budgetierte Globalbudgetsaldo 2009 wurde um 425'016 Franken überschritten, wovon 215'000 Fr. durch vorhandene Reserven gedeckt sind. Hauptgründe für die Globalbudgetabweichung sind Mehrkosten für die Drucksachen zu den Wahlen/Abstimmungen 2009, die einmalige Vorfinanzierung von 10 Lehrmittelneuheiten sowie ein unerwartet hoher Nachholbedarf an Buchbindearbeiten für die Archive. Es wird davon ausgegangen, den resultierenden negativen Reservenbestand im Umfang von -210'000 Franken bis Ende der laufenden GB-Periode 2009-2011 kompensieren zu können, sodass zum jetzigen Zeitpunkt kein Zusatzkredit, sondern allein ein Nachtragskredit zum Voranschlag 2009 beantragt werden muss.	425'016
<u>68</u>	<u>VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT</u>	<u>1'960'212</u>
<u>6810</u>	<u>GB Wirtschaft und Arbeit (Amt für Wirtschaft und Arbeit)</u> (Kredit im VA 2009: Fr. 6'643'641) Höhere Kosten für den AVIG-Vollzug des Bundes im Jahr 2008 infolge zu tiefer Abgrenzungen im Jahr 2008, sowie höhere Abgrenzungen für die AVIG-Vollzugskosten 2009. Standortförderung: Das Volumen der Leistungsvereinbarungen mit den Partnerorganisationen hat sich im Jahr 2009 gegenüber 2008 erhöht. Einzelbetriebliche Förderleistungen an Betriebe wurden früher als erwartet in Rechnung gestellt.	1'960'212
	Total Nachtragskredite Globalbudgets	2'385'228

4. Zusatzkredite Erfolgsrechnung

CHF

60	<u>BAU- UND JUSTIZDEPARTEMENT</u>	<u>668'312</u>
6000	<u>GB Führungsunterstützung Bau- und Justizdepartement</u> <u>(Departementssekretariat BJD)</u> (Verpflichtungskredit GB-Periode 2007-2009: Fr. 9'974'904) Zum Zeitpunkt des Beschlusses über den Verpflichtungskredit für das Globalbudget „Führungsunterstützung Bau- und Justizdepartement“ im Dezember 2006 galt die Regel, dass die „beeinflussbaren“ internen Verrechnungen dem Globalbudgetsaldo und somit dem Verpflichtungskredit angerechnet werden. Im Globalbudget „Führungsunterstützung BJD“ sind auch die internen Erlöse aus Dienstleistungen der Staatsgarage in der Höhe von rund 460'000 Fr. pro Jahr enthalten. Gemäss alter Regel wurden diese als „beeinflussbare“ interne Verrechnungen dem Verpflichtungskredit für das Globalbudget gutgeschrieben. Die durchschn. „beeinflussbaren“ Leistungsbezüge (insb. AIO) betragen in den Jahren 2007-2009 jährlich rund 125'000 Fr. Der Saldo der „beeinflussbaren“ internen Verrechnungen betrug pro Jahr rund 335'000 Fr. oder über die Globalbudgetperiode 1 Mio. Fr. Mit Beschluss Nr. 2007/1235 vom 3.7.07 legte die Regierung fest, dass ab Rechnungsjahr 2008 neben den „nicht beeinflussbaren“ auch die „beeinflussbaren“ internen Verrechnungen vom Globalbudgetsaldo und somit dem Verpflichtungskredit hierfür auszunehmen seien. In den Jahren 2008 und 2009 wurden demnach der zugunsten des Departementssekretariats des BJD ausfallende Saldo der „beeinflussbaren“ internen Verrechnungen von insgesamt rund 670'000 Fr. nicht mehr dem Globalbudgetsaldo und dem damit verbundenen Verpflichtungskredit gutgeschrieben. Während die veränderten Regeln der Buchhaltung in den Budgets für die Jahre 2008 und 2009 berücksichtigt werden konnten, wurde das dreijährige Globalbudget mit seinem Verpflichtungskredit nicht angepasst. Aus diesem Grund muss, obschon die jeweiligen Voranschlagskredite nie überschritten wurden, für den Verpflichtungskredit für das Globalbudget „Führungsunterstützung BJD“ ein Zusatzkredit in Höhe von 668'312 Fr. beantragt werden.	668'312
66	<u>DEPARTEMENT DES INNERN</u>	<u>5'249'862</u>
665W	<u>GB Soziale Sicherheit (Amt für soziale Sicherheit)</u> (Verpflichtungskredit GB-Periode 2007-2009: Fr. 19'245'000) Per 1.1.09 hat der Regierungsrat die Berechnungsgrundlage für die Bestimmung des Globalbudgetsaldos geändert. Die Berechnungsänderung hatte aber zur Folge, dass einzelne GBs, die in grösserem Ausmass interne Leistungen verrechnen, zwar den Aufwand budgetrelevant ausweisen müssen, den Ertrag aus interner Verrechnung ab nicht. Obwohl also dem Mehraufwand entsprechender Ertrag gegenübersteht, ist technisch ein Zusatzkredit zu beantragen. Für das Amt für soziale Sicherheit bedeutet die Änderung, dass ein realer Ertrag in Höhe von brutto 2'622'755 Fr. aus der massgebenden Rechnung nicht aufgenommen wurde. Daher hat das Amt für soziale Sicherheit für den nicht angerechneten Ertrag einen Zusatzkredit von netto 2'125'653 Fr. zu beantragen (inkl. Teuerung 885'000 Fr.)	2'125'653

CHF

666W GB öffentliche Sicherheit (Amt für öffentliche Sicherheit) 3'124'209
(Verpflichtungskredit GB-Periode 2007-2009: Fr. 11'551'629)
Zum Zeitpunkt der Erarbeitung der GB-Vorlage 2007-2009 waren verschiedene Eckwerte noch nicht bekannt, was zu Ertragseinbussen führte (2,1 Mio. Fr. durch das Wegfallen von jährlichen Einnahmen aus den Gebührenerträgen Lotteriewesen, welche neu direkt dem Fondskapital gutgeschrieben werden; 2,4 Mio. Fr. durch geringere Anzahl eingewiesener Insassen; 1,84 Mio. Fr. bei den Schweizer Ausweisen). Diese Mindererträge konnten durch Mehreinnahmen auf anderen Ertragspositionen nur teilweise kompensiert werden. Aufwandsseitig kamen zu teuerungsbedingten Mehraufwänden neue Aufwände dazu. Z. B. der jährliche Beitrag vom Gastro-Ausbildungszentrum und Mehraufwand durch die Einführung der Ausländerausweise im Kreditkartensystem.

Total Zusatzkredite Erfolgsrechnung **5'918'174**

5. Ueberschreitung Bruttoentnahmen bei Spezialfinanzierungen

CHF

68 VOLKSWIRTSCHAFTSDEPARTEMENT 1'480'344

6854 Finanzausgleich Kirchgemeinden (SF) 1'480'344
(Kredit im VA 2009: Fr. 12'068'000)
Höhere Ausgleichszahlungen für die Kirchgemeinden und für die Kantonalorganisationen der Landeskirchen aufgrund höherem Aufkommen aus der Finanzausgleichssteuer. Mehrbedarf kann aus Fondsmittel entnommen werden.

Total Ueberschreitung Bruttoentnahmen bei Spezialfinanzierungen **1'480'344**

